

## Debatte: Die Abmessung des Möglichen

von Klaus Lederer

Die gesamte Bandbreite der Debatte um die Perspektiven rot-rot-grüner Bündnisse wird anhand zweier Meldungen von Anfang Oktober 2016 deutlich:

Auf der einen Seite gibt der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Thomas Oppermann, dem SPIEGEL ein Interview und gibt darin zumindest zu, dass es an der Zeit ist, über die rot-rot-grüne Option für eine Regierungskoalition im Bund nachzudenken. Es folgt wie üblich eine lange Liste von Forderungen in Richtung der LINKEN, bei welchen Themen sie sich zu bewegen habe: Nato, Europa- und Außenpolitik. Diese Ausschlusskriterien haben schon manche sich bietende Chance so überlagert, dass diese letztlich verstrich.

Auf der anderen Seite sitzen am Montag, dem 10. Oktober 2016, im Berliner Roten Rathaus SPD, LINKE und GRÜNE zusammen, das dritte Mal in der Hauptverhandlungsgruppe, man kennt sich bereits, das Klima ist gelöst, vertrauensvoll im Umgang. Zentrales Thema und Überschrift des Tages: „Gutes Regieren“. Die Vertreterinnen und Vertreter der drei Parteien gehen mit recht ähnlichen Vorstellungen in die Beratungen; allen geht es um mehr Konsens, mehr Transparenz, mehr Kooperation und – sehr wichtig, gerade für uns – mehr Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt.

Im Groben sind das die beiden Pole, zwischen denen sich die Debatte um eine rot-rot-grüne Regierung, eine Mitte-Links-Regierung oder auch eine linke Reformalternative derzeit bewegt: auf Differenzen beharren und dem potentiellen Partner Bedingungen diktieren – oder sich auf Mögliches, Machbares konzentrieren, weil es um etwas geht. Einzig verbindendes Element zwischen den Polen: Ein rot-rot-grünes Bündnis ist nicht mehr fern jeder Vorstellung.



☞ Dr. Klaus Lederer ist Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE in Berlin und war deren Spitzenkandidat zu den Abgeordnetenhauswahlen im September 2016.

Foto: Pressestelle Die Linke © fotostudio\_charlottenburg

Ich halte die „Kultivierung der Differenzen“, die zugegeben nicht nur von der Gabriel-Oppermann-SPD betrieben wird – auch GRÜNE und LINKE haben schnell Trennendes zur Hand – für nicht erfolgversprechend.

Schaut man sich das aktuelle politische Umfeld in Deutschland und Europa an, das Feld, auf dem wir agieren, kann ein Wechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr Demokratie, mehr Frieden und einer besseren Welt nur über das Ausloten von Gemeinsamkeiten, einen ehrlichen Dialog über das Mögliche und einen neuen Stil in der politischen Kommunikation nach innen wie außen führen. Die Lage ist zu ernst, um zumindest die Aussicht auf eine Chance zum Besseren zu verspielen.

Gehen wir ans Eingemachte: Der Wahlerfolg der LINKEN am 18. September in Berlin war ein großer Erfolg für meine Partei und mich – er war aber auch eine Ausnahme, schaut man auf den Verlauf der letzten Landtagswahlen. Für die GRÜNEN heißt die Ausnahme Baden-Württemberg, für die SPD ist es u.a. Mecklenburg-Vorpommern. Über längere Zeit betrachtet jedoch verliert das potentiell linke Lager. Im Bund sind GRÜNE und LINKE kaum in der Lage zu gewinnen, die SPD pendelt müde um die 20 Prozent.

Das hat seine Ursachen, und die Liste ist ziemlich lang – läuft aber knapp gesagt immer auf eines hinaus: enttäuschte Hoffnungen. Rot-Grün hatte nach 1998 die neoliberale Moderni-

sierung beschleunigt, mit den Hartz-Gesetzen einen irreparablen Bruch mit dem Sozialstaatsverständnis der alten BRD angezettelt, Millionen ausgegrenzt und zwar dauerhaft ausgegrenzt. Die Chance zur Korrektur – 2005 war ein theoretisches linkes Lager noch recht groß – wurde vertan. Die kurze Phase von Schwarz-Gelb hat die SPD nicht genutzt, um sich zu besinnen, auch nicht, als ihr mit der LINKEN erst ein Konkurrent, dann ein eventueller Partner erwuchs. In der großen Koalition mit der Union reibt sich die SPD auf, auch, weil Angela Merkel partiell ihre Partei auf einen semi-sozialen Kurs bringt.

In einer solchen Phase, in der man keine reale Machtperspektive hat, auf der Ausgrenzungspolitik gegenüber potentiellen Partnern zu bestehen, ist doppelt dumm: zum einen schadet man sich selbst, reißt aber andererseits die anderen mit in den Strudel. Die GRÜNEN halten sich so andere Optionen warm, bieten sich für Schwarz-Grün an. Und auch wir, DIE LINKE, können nicht profitieren – und das in einer Zeit zunehmender Entsolidarisierung, wachsender sozialer Ungleichheit und Unsicherheit.

DIE LINKE hat gute Ideen und praktikable Vorschläge. Doch was nützen all die 5-, 10- oder 15-Punkteprogramme für ein soziales Rentenkonzept, einen besseren, armutsfesten Mindestlohn oder ein gerechteres Steuersystem, wenn es keine Gestaltungsoption gibt? Was für unsere versierten Fachpolitiker der Stein der Weisen ist, ist für Wählerinnen und Wähler nur Katzengold, wenn sich keinerlei Chance auf Verwirklichung unserer Pläne bietet.

Wer aber, beispielsweise im Osten, über 20 Jahre lang mit einer Mischung aus Hoffnung auf Besserung seiner sozialen Situation und Protest erst die PDS und dann DIE LINKE wählte, wird irgendwann des Wartens müde. Wenn sich nichts ändert, weil die, die etwas ändern können, sich wechselseitig blockieren... dann vollzieht sich ein Rückzug aus demokratischen Prozessen, in die Demokratie-Abstinenz, zu nächst.

In diesem Zusammenhang und wegen der aktuellen Diskussion, sei ein kleiner Exkurs gestattet: Es heißt immer, DIE LINKE hätte ihren Nimbus als Protest-Partei verloren, bzw. verliert ihn an die AfD, sie sei etabliert. Die PDS und später DIE LINKE war nie „nur“ Protestpartei – wir hatten immer einen Gestaltungsanspruch. Und wo es sich anbot (Tolerierung im Magdeburger Modell, später zeitweise in NRW, Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg, Tolerierungsangebot in Hessen und last but not least die erste rot-rot-grüne Landesregierung unter Führung der LINKEN in Thüringen) hat die Partei Verantwortung übernommen. Und wer über Jahrzehnte in Parlamenten arbeitet, ja, was ist der andere, als etabliert. Und dennoch sind wir auch Protestpartei – gegen TTIP und CETA, gegen Bundeswehreinräte, gegen eine Politik, die soziale Ungerechtigkeit mit Alternativlosigkeit erklärt, um die eigene, wohlhabende Klientel zu verschonen.

Mit „Blockade“ allein lässt sich jedoch die Schwäche des linken Lagers nicht erklären. Sie „begünstigt“ allerdings die Auswirkungen dreier schwerwiegenderer Faktoren: da wäre zunächst die bereits erwähnte Agenda 2010-Politik, die Eurokrise ab 2008 und aktuell die Flüchtlingsdebatte.

Ersteres führte zu einer Entsolidarisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft, sie begründet bis heute massive Abstiegsängste der „Mittelschicht“ und grenzt gleichzeitig Millionen Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum aus. Dies verbochen zu haben, ist eine der größten Hypothesen der Sozialdemokratie.

Bei zweitem wurde schon in der Anlage versäumt, neben einem gemeinsamen europäischen Markt, auch eine Sozialunion zu schaffen. In Zeiten der Euro-Krise rächte sich das und führte zu einem unerträglichen Wohlstandschauvinismus gegenüber den Ländern Südeuropas. Regelrechte Spardiktate zerstörten die sozialen Infrastrukturen u.a. in Griechenland,

untergruben die Demokratie und führten letztlich zu einer Entsolidarisierung im europäischen Rahmen. Trotz anderer Signale von Sigmar Gabriel in jüngster Zeit, gehört zur Wahrheit, dass die SPD hier (zu) eng an der Seite von Merkel und Schäuble stand.

Drittens und schließlich zeigt sich in der Debatte um geflüchtete Menschen eine weitere Entsolidarisierung – diesmal im globalen Maßstab. Die Menschen, die sich zu uns retten, ihre Leben riskierten, werden für viele, die sich ausgegrenzt fühlen regelrecht zum Hassobjekt, weil sie vermutete Konkurrenten um billige Wohnungen und Arbeit sind.

Jahrelanges Politikversagen, besser das Verweigern einer Politik, die auf Ausgleich, Solidarität und Humanität setzt, führt dazu, dass Abstiegsängste und Unsicherheit ein Normalzustand sind – einer, der zunehmend aggressiv wird, rassistisch und antidemokratisch, voller Ressentiments und ... schlicht rechts. Hier wirkt die AfD als Magnet und Verstärker zugleich.

Hier stehen wir gerade – und die Herausforderung für Linke wie LINKE liegt darin, etwas zu entwickeln, dass mehr ist als pure Gegenagitation.

Ohne zu viel Eigenlob kann ich sagen, dass es der LINKEN in Berlin im Wahlkampf gelungen ist: Wir haben unverwechselbar klare Kante gezeigt: Gegen das Gefühl von Entsicherung und Entsolidarisierung setzten wir auf soziale Sicherheit für alle. Gegen das Gefühl der Menschen, Politik beachte sie nicht, setzte die Berliner LINKE auf eine Politik gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, die transparent und demokratisch ist. Gegen das Gefühl, dass Krisen näher und näher an den heimischen Herd rücken, bauten die Genossinnen und Genossen auf Solidarität und Humanität. Kurz: Hoffnung auf Besserung statt Angst vor gesellschaftlichen Entwicklungen.

Daraus abgeleitet: Wenn die Frage nach möglichen rot-rot-grünen Optionen im Bund

gestellt ist, bedeutet dies, nach der Bereitschaft zu fragen, auf folgenden drei Feldern grundlegend etwas zu ändern: **Erstens** – ein Ende der Austeritätspolitik. Asoziales Kaputtsparen der sozialen Infrastruktur, Verweigerung von dringend notwendigen Investitionen und der Fetisch „Schwarze Null“ müssen beendet werden – wir brauchen Investitionen in alle Öffentlichen Bereiche. Wenn der „Zuchtmeister“ den Pfad des widersinnig strengen Sparens verlässt, wäre das ein ermutigendes Signal auch in Richtung Europa... etwas, was Europa mit neuem Sinn erfüllen könnte.

**Zweitens** – die wachsende soziale Ungleichheit muss bekämpft werden. Und das nicht nur, weil es sich so gehört, sondern weil soziale Ungleichheit destabilisierend auf die Gesellschaft wirkt. Gute Bildung, gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente, kein Kind in Armut und niemand wird von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen – diesen Anspruch dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Eine Gesellschaft, die für alle gerechter ist, hat es nicht nötig, sich in widerwärtigen Ressentiments Schwacher gegen Schwächere zu ergehen.

**Drittens** – stärken wir die Demokratie! Machen wir nebulöse Prozesse zum einen transparenter und vertrauen wir, auf der anderen Seite, den Menschen, lassen sie mitreden, mitentscheiden – und gewinnen so ihr Vertrauen zurück.

Ohne vorhandene Unterschiede zwischen SPD, GRÜNEN und LINKEN nivellieren zu wollen, auf diese Projekte, diese Inhalte, sollte eine Verständigung möglich sein. Sie ist nur hier, in dem potentiellen Lager dieser drei Parteien möglich. Und Gregor Gysi hat unbedingt recht, wenn er eine praktische Zusammenarbeit dieses Lagers anmahnt.

Ich bin dafür, dass wir das Machbare abmessen, die Aufgaben sind klar. Angesichts der Verschiebung nach rechts in diesem Land ist eine linke Alternative dringend erforderlich. ■